



Gesundheit: „Landesregierung fährt Versorgung an die Wand“

Landesrätin Bogner-Strauß (ÖVP) erteilt KPÖ Absage und hält am radikalen Abbau der medizinischen Versorgung fest

In mehreren Anträgen forderte die KPÖ eine Kehrtwende in der steirischen Gesundheitspolitik. Die Streichung von medizinischen Angeboten, vor allem im ländlichen Raum, stellt ein zunehmendes Risiko für die Bevölkerung dar. Nun liegt eine Stellungnahme von Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) vor. Darin hält sie an sämtlichen Kürzungs- und Einsparungszielen fest – diese seien nach wie vor das „Grundgerüst“ sämtlicher Planungen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler wirft der Landesregierung vor, durch die beharrliche Weigerung, auf aktuelle Entwicklungen und Probleme wie Personalmangel im Gesundheits- und Pflegebereich angemessen zu reagieren, das Gesundheitssystem ernsthaft zu gefährden.

Zu den wesentlichen Problemen zählen lange Wartezeiten auf wichtige Behandlungen, der Wegfall des Bereitschaftsdienstes in der Nacht außerhalb von Graz, die Ausdünnung der Versorgung mit Spitalsbetten in manchen



Foto: Alina Reimelt

Regionen sowie der Mangel an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten mit Kassenvertrag. Auch die vor Jahren zugesagte transparente Warteliste auf Operationen wurden nicht umgesetzt.

Durch die geplante Streichung von 800 Spitalsbetten ist in weiten Teilen der Steiermark eine Versorgung nur noch unter Inkaufnahme sehr langer Fahrzeiten möglich. Chronisch überlastetes Personal und ein zunehmend bedrohlicher Personalmangel müssten für die Landesregierung eigentlich Anlass sein, die im RSG (Regionaler Strukturplan Gesundheit) entworfenen Strategien zu überdenken. Ein Szenario, wie es die gegenwärtige Covid-19-Pandemie darstellt, ist darin etwa gar nicht enthalten.

Dass es in den letzten Monaten zu keiner Überlastung der Spitäler gekommen ist, liegt vor allem

daran, dass die Gesundheitsversorgung auf ein Minimum zurückgeschraubt wurde. **KPÖ-LAbg. Werner Murgg** erinnert in diesem Zusammenhang an einen Bericht des Landesrechnungshofs über die onkologische Versorgung in der Steiermark 2018: Drei Viertel der Patientinnen und Patienten mussten zum Teil eklatante Wartezeiten ab dem von der Klinik definierten letztmöglichen (!) Behandlungsbeginn hinnehmen. „Schon vor Corona waren die Wartezeiten auf Behandlungen in manchen Abteilungen sehr lang. Mit dem Abbau von Spitalsbetten geht die steirische Gesundheitspolitik in eine falsche und gefährliche Richtung. In manchen Bereichen gibt es in Wirklichkeit eine alarmierende Unterversorgung, keine Überversorgung, wie immer wieder behauptet wird“, so Murgg.

KOMMENTAR



Claudia Klimt-Weithaler
Klubobfrau der KPÖ
im Landtag Steiermark

Ein Sitzplatz für jedes Kind!

Überfüllte Schulbusse sind ein Sicherheitsproblem. Oft werden viel mehr Kinder in einem Bus transportiert, als bei Erwachsenen möglich wäre. Das ist legal, weil Kinder anders gezählt werden: Drei Kinder unter 14 Jahren zählen wie zwei Erwachsene, Kinder unter 6 Jahren werden überhaupt nicht gezählt.

Es ist nachvollziehbar, dass es bei Fahrten im Ortsgebiet Stehplätze für Kinder und Erwachsene gibt. Aber tausende Kinder sind in unserem Bundesland mit Linienbussen im Überlandverkehr unterwegs. Die bestehende Zählung führt dazu, dass Kinder stehend in überfüllten Bussen auf Freilandstraßen mit bis zu 100 km/h transportiert werden dürfen.

Jedes Schulkind, das mehr als drei Kilometer im Bus unterwegs ist, sollte Anspruch auf einen Sitzplatz haben. Das Land Steiermark könnte eine solche Regelung treffen. Aber haben SPÖ und ÖVP haben im Landtag gegen den Antrag der KPÖ gestimmt, jedem Kind einen Sitzplatz zu garantieren.

Überfüllte Schulbusse sind ein Sicherheitsproblem. Ein Sitzplatz für jedes Kind sollte auf Freilandstraßen längst eine Selbstverständlichkeit sein!

Claudia Klimt-Weithaler

INHALT

Personalnotstand in steirischen Spitälern

Seite 2

Das ewige Budget-Märchen

Seite 3

KPÖ fordert Strategie gegen Entindustrialisierung

Der „freie Markt“ wird Probleme nicht lösen!

Der Verlust von über 1000 Arbeitsplätzen in der steirischen Industrie verschärft die persönliche soziale Situation der Betroffenen und ihrer Angehörigen, schwächt aber auch die Gemeinden in Regionen, die ohnehin von Abwanderung betroffen sind. Darauf wies **KPÖ-LAbg. Werner Murgg** im Landtag hin.

„Die Landesregierung muss eine Strategie vorlegen, um die weitere Entindustrialisierung zu verhindern. Es braucht eine von der öffentlichen Hand organisierte Investitionspolitik“, betont Murgg. „Es geht darum, wesentliche Infrastruktur in der Steiermark zu behalten oder neu zu implementieren. Nicht nur das Arbeitsangebot ist zu verbessern, auch Bildungs- sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen können Hoffnungsträger für die Region sein.“

Industriejobs sind jene, die aufgrund der Höhe der Löhne die meiste Wertschöpfung bringen, so Murgg. An jedem Industriejobsplatz hängen weitere Arbeitsplätze.

Die prekäre Arbeitsplatzsituation und die damit verbundene Abwanderung in der Re-

gion **Murtal** hat sich zuletzt durch den Abbau von über 100 Arbeitsplätzen bei **Mondi 2018** und der Schließung der Produktion von Elektromotoren bei der **ATB Spielberg**, bei der 360 Arbeitsplätze verloren gehen, dramatisch verschärft.

Im **Mürztal** haben der sinkende Ölpreis und die Krise der Luftfahrtindustrie zu Kündigungen bei **Böhler** in **Kapfenberg** und bei **VA-Tubulars** in **Kindberg** geführt. Über 500 Arbeitsplätze sind verloren gegangen. Ende 2019 wurde bekannt, dass es bei **RHI-Magnesita** in **Trieben** ebenfalls zu einem massiven Personalabbau kommt, 180 Arbeiter haben ihre Arbeit verloren.

Ersatzarbeitsplätze in diesem Ausmaß sind nicht vorhanden. Auch ist zu befürchten, dass viele Menschen aus der Kurzarbeit nicht mehr auf ihren Arbeitsplatz zurückkehren werden können. Stiftungen und Sozialpläne sind keine dauerhafte Lösung. Bei der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen muss auch die Übernahme durch die öffentliche Hand eine Option sein, denn der „freie Markt“ wird die Probleme nicht lösen.



Auch die Beteiligung und Übernahme durch die öffentliche Hand muss eine Option sein. Sonst werden immer mehr Arbeitsplätze in Billiglohnländer abwandern.



ZITATE

„Alle haben gewusst, dass globale Pandemien möglich sind, aber die Leute, die das Geld haben, sagten: Damit kann man nichts verdienen.“ **Josef Penninger, Genetiker, Kleine Zeitung, 26.7.2020.**

„Eine Sozialpolitik, die diesen Namen verdient, wird es in der EU kaum geben.“ **Martin Sonneborn, EU-Abgeordneter (Die Partei), Berliner Zeitung, 10.8.2020.**

„Es waren die Grünen, die mit Nagl die Holding-Reform 2010 durchgezogen und damals gleich Oppositionsparteien aus dem Aufsichtsrat geschmissen haben.“ **Bernd Hecke, Kleine Zeitung, 11.8.2020.**

Es ist „an der Zeit, dass der auf Profit ausgelegten Wirtschaft Sektoren entzogen werden, um die Gesellschaft neu zu organisieren nach den Maßstäben von Solidarität, Gerechtigkeit, Schutz und Achtung des menschlichen Lebens und der ganzen Natur.“ **isw, 8.8.2020.**

„Was ist links? Für mich vor allem, sich für die Beschäftigten und sozial Benachteiligten, also für die untere Mittelschicht und die Ärmern, einzusetzen. Die Menschen, die nie die Chance hatten zu studieren, die nicht mal eben auch in Lissabon oder London arbeiten können.“ **Sahra Wagenknecht, Super Illu, 23.7.2020.**

Auf Personalnotstand in Spitälern reagieren

In den steirischen Spitälern herrscht seit Jahren ein Personalnotstand, der unter anderem Auswirkungen auf das Arbeitsklima und die Wartezeit auf Behandlungen hat. Besonders die Änderungen im Ärztarbeitszeitgesetz wirken sich bis heute auf die Personalsituation aus.

Die von der KAGES im Oktober veröffentlichte Warteliste auf fünf der am häufigsten durchgeführten Eingriffe zeigt, dass monatelange Wartezeiten an der Tagesordnung sind. **KPÖ-LAbg. Werner Murgg** wies im Landtag darauf hin, dass der derzeitige Rückstau nur zum Teil mit Corona zu tun hat. Diese Probleme wurden durch die Pandemie verschärft, aber nicht ausgelöst. Bereits im April 2018 hat der Landesrechnungshof darauf hingewiesen, dass sehr lange Wartezeiten selbst bei lebensnotwendigen Eingriffen an der Tagesordnung sind.

An der Universitätsklinik für Strahlentherapie mussten rund 75 Prozent der Patientinnen und Patienten zum Teil eklatante Wartezeiten ab dem von der Klinik definierten letztmöglichen (!) Behandlungsbeginn hinnehmen. Bei akut Erkrankten mussten sogar 95 % auf den tatsächlichen Behandlungsbeginn warten – bis zu 48 statt wie empfohlen drei Tage. Derzeit liegen Berichte von Patientinnen und Patienten vor, die in einzelnen Fällen über zwei Jahre auf einen Eingriff warten.

Im Dezember 2019 erreichte die Öffentlichkeit ein Hilferuf von Arbeiterkammer und ÖGB: Es sei „Feuer am Dach“, der Personalnotstand in den Krankenhäusern habe sich in allen Berufsgruppen zugespitzt. „Die Mitarbeiter brechen zusammen“, warnte AK-Präsident Pessler, Erkrankte könnten nicht mehr optimal betreut werden.

Rund 300 Dienstposten sind laut einem Aufsichtsratsmitglied in den letzten Jahren nicht nachbesetzt worden. Verantwortlich seien sowohl die Sparpolitik des Landes als auch der Fachkräftemangel. Arbeitsplätze bei der KAGES seien nicht mehr so beliebt. „Wir als Dienstgeber, als KAGES müssen so attraktiv werden, dass die Mitarbeiter auch wieder gerne zu uns kommen“, wird der Funktionär vom ORF zitiert.

Der Antrag der KPÖ, die Landesregierung zu beauftragen, gemeinsam mit KAGES, Personalvertretung, Arbeiterkammer und ÖGB Konzepte zu erarbeiten, wie die Arbeitsbedingungen und das Gehaltsschema so verbessert werden können, dass die KAGES-Spitäler wieder ein attraktiver Arbeitsplatz werden, wurde von von SPÖ, ÖVP und Neos abgelehnt. Gegenvorschlag gibt es keinen.

Das Märchen vom „ausgeglichenen Landesbudget“

Werner Murgg warnt vor Teuerung bei Strom und Fernwärme

„Man sollte langsam merken, dass das seit Jahrzehnten angekündigte ‚ausgeglichene Budget‘ nie kommen wird“ – das sagte KPÖ-Labg. Werner Murgg zur Budgetrede des steirischen Finanzlandesrats LH-Stv. Anton Lang (SPÖ) bei dessen Budgetrede im Landtag Steiermark am 13. Oktober. Stattdessen drohen geringere Einkommen und steigende Gebühren.

Finanzlandesrat Lang kün-

digte bereits am 1. Oktober eine Neuverschuldung des Landes Steiermark in der Höhe von 550 Mio. Euro an. Der Gesamt-schuldenstand wird dadurch auf mindestens 5,3 Milliarden Euro steigen. Ohne eine Änderung des Finanzausgleichs werde es zu keiner gerechteren Verteilung der öffentlichen Mittel kommen, so Murgg. Die vom ehemaligen Finanzreferenten Michael Schickhofer angekündigte Neuverhandlung des Finanzausgleichs endete mit einer Blamage, die Steiermark erhält nach wie vor pro Kopf weniger Geld als andere Bundesländer.

Massensteuern – wichtigste Einnahme

Ohne an den Einnahmen etwas zu verändern, wird es keine gesunden öffentlichen Haushalte geben. Der Großteil der Einnahmen kommt nach wie vor aus der Lohnsteuer und der Mehrwertsteuer, also aus Steuern auf Arbeit und Massensteuern. Die großen Vermögen und Konzerne, die in Steueroasen flüchten, bleiben unter der türkis-grünen Bundesregierung unangetastet.

Dringend nötige Weichenstellungen wie beim 365-Euro-Ticket

für den steirischen Verkehrsverbund oder bei der Pflege, bei der mobile Angebote gestärkt werden müssen, fehlen. Diese Angebote brauchen eine Anschubfinanzierung, die im Budget nicht vorgesehen ist. Dafür drohen den steirischen Landesbediensteten ein Gehaltsabschluss unter der Teuerung und den Steirerinnen und Steirern höhere Gebühren für Strom und Fernwärme.

„Ebenso wie das ausgeglichene Budget, das uns noch jeder Finanzreferent und jede Finanzreferentin angekündigt hat, ist auch die Rückzahlung der öffentlichen Schulden ein Märchen. Es werden lediglich die Zinsen bedient. Sollten diese wesentlich steigen, wäre eine Rückzahlung ohne eine vollständige Verwüstung des sozialen Gefüges nicht mehr möglich – ob in Deutschland, Italien, Griechenland oder Österreich. Es wird in diesem Fall einen Schuldenchnitt geben. Dass die Schulden jemals zurückgezahlt werden, ist ein Mumpitz“, so Murgg.



EHRlich GESAGT



Werner Murgg

Landtagsabgeordneter
der KPÖ Steiermark

Unser Gesundheitssystem ist bei weitem nicht so gut gerüstet, wie es gerne dargestellt wird. Die Corona-Pandemie war in Österreich nie außer Kontrolle, trotzdem wurde das gesamte Gesundheitssystem auf ein Minimum reduziert. Das hat massive Auswirkungen auf die Gesundheit sehr vieler Menschen im Land. Viele wurden abgewiesen, obwohl sie eine Behandlung gebraucht hätten. Der Rückstau ist massiv. Darauf ist der Abbau von Betten die völlig falsche Antwort. Wir brauchen eine dezentrale, flächendeckende Versorgung für die ganze Steiermark. Deshalb ist es auch nötig, dass die Landesregierung von nicht mehr zeitgemäßen Konzepten abrückt und sich endlich einer Diskussion stellt – auch wie die KAGes-Spitäler wieder als Arbeitsplatz attraktiv werden, damit endlich etwas gegen den Personalmangel unternommen wird.

Werner Murgg

WAS UNS AUF- UND EINFÄLLT

Seit Jahren steigen die Tarife im Steirischen Verkehrsverbund weit stärker als die allgemeine Teuerung. Das Erfolgsmodell der verbilligten Jahreskarte in Graz (2015 von der KPÖ durchgesetzt) zeigt, dass dann viel mehr Menschen bereit sind, auf den ÖV umzusteigen. Die KPÖ fordert deshalb, endlich von der Preistreiberi abzugehen und die Tarife für Bus, Bahn und Bim zu senken.

Kinderarmut wird unter dem Eindruck der Corona-Krise weiter zunehmen. Diese Befürchtung äußerte der Europäische Rechnungshof. In Österreich beträgt der Anteil armutsgefährdeter Kinder bestürzende 21,6 Prozent. Auf Kosten von Kindern und Jugendlichen sparen bedeutet, vielen jungen Menschen die Zukunft zu verbauen. Am wirkungsvollsten wäre es, endlich den sozialen Wohnbau zu forcieren, denn Wohnen macht immer mehr Menschen arm.

In der Steiermark kann der Heizkostenzuschuss diesmal bis 29. Jänner 2021 beantragt werden. Formulare gibt es auf den Gemeindeämtern und den Grazer Bezirksämtern. Anspruch hat, wer seinen Hauptwohnsitz seit mindestens 1.9.2020 in der Steiermark hat, und dessen Haushaltseinkommen höchstens 1.286 Euro beträgt (Ehepaare und Haushaltsgemeinschaften: 1.929 Euro). Für jedes Kind sind 386 Euro dazuzurechnen. Wichtig: Wer Wohnunterstützung bezieht, hat keinen Anspruch keinen Heizkostenzuschuss beziehen.

Impressum/Medieninhaber, Herausgeber,
Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020
Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd.,
Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877
5102; Fax (0316) 877 5108.
E-Mail: Itk-kpoe@stmk.gv.at
Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag –
Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium
des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient
der Information der steirischen Bevölkerung im
Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale
Gerechtigkeit.
Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen
Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung
und Demokratisierung des solidarischen
Sozialsystems und gegen die Privatisierung von
öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienst-
leistungen ein.



Kinder brauchen Profis

Claudia Klimt-Weithaler: „Brauchen langfristige Strategien gegen Personalmangel“

Der Landtag Steiermark hat eine Bestimmung beschlossen, mit dem die Anforderungen für die Arbeit in Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen wie Kindergärten oder Kinderkrippen drastisch gesenkt werden. Die KPÖ stimmte gegen das Gesetz, weil sie es strikt ablehnt, die Standards im Bildungsbereich zu senken. Ein KPÖ-Antrag auf Abhaltung eines Gipfels zur Elementarpädagogik wurde abgelehnt.

Seit Jahrzehnten lässt die Landespolitik den Bereich der Elementarpädagogik im Stich. Die dringend nötige Verkleinerung der Gruppengrößen von 25 auf 20 Kinder wurde bereits 1991 (!) beschlossen, in Kraft getreten ist die Regelung bis heute nicht.

Immer weniger qualifiziertes Personal will in diesem Bereich arbeiten. Statt die Rahmenbedingungen zu verbessern, wird nun der Ausbildungsstandard gesenkt.

Das Gesetz ist zwar vorerst auf zwei Jahre befristet, aber eine Verlängerung wird erfolgen, sollte eine Evaluierung des Landes das befürworten. Möglich wurde der Beschluss dieses Gesetzes erst, weil auch FPÖ und Grüne einer Dringlichkeitserklärung zugestimmt haben. Dafür ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag notwendig.

Probleme seit Jahrzehnten ignoriert

Die KPÖ fordert deshalb, so schnell wie möglich einen Kinderbildungsgipfel durchzuführen, an dem die Berufsvertretungen, die Trägereinrichtungen, Elterninitiativen, Expert/inn/en und natürlich die Ausbildungseinrichtungen eingebunden sein sollen. Dabei sollen über die derzeitige Situation hinaus langfristige Strategien entwickelt werden, um Auswege aus der nicht zu leugnenden Krise der Elementarpädagogik in der Steiermark zu finden. Tatsächlich herrscht seit



langer Zeit ein Personalmangel. Die Gründe dafür sind kein Geheimnis: Die Arbeitsbedingungen haben sich immer weiter verschlechtert, die Bezahlung reicht bei Teilzeitarbeit oft kaum zum Überleben.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass sich etwas ändern muss. Grundlegende Verbesserungen hat es trotzdem keine gegeben. Dass in diesem sensiblen Bereich nicht vollwertig ausgebildetes Personal zum Einsatz kommen soll, ist ein gefährlicher Irrweg.“

Eine hochwertige Elementarpädagogik schafft die Basis dafür, dass Kinder und Jugendliche das Rüstzeug für eine sichere und selbstbestimmte Existenz erwerben können.

„Eine Diskussion über eine echte Strategie, die statt der heute beschlossenen Notlösung dringend nötig ist, wird von den selben Parteien abgelehnt, die jetzt jammern, dass es zu wenig Personal gibt. Da kann man nur mehr mit dem Kopfschütteln“, so Klimt-Weithaler.



Schülerinnen und Schüler der BAfEP protestierten vor dem Landtag gegen eine Abwertung ihrer Ausbildung.